

# Projektskizze »Konstituierung und Entwicklung der Parteien in den neuen Bundesländern 1989/90 bis 2005«

*Andreas Schulz/Tobias Kaiser*

zur Vorlage bei den Fördereinrichtungen der Parteistiftungen und bei der Mitgliederversammlung der KGParl

Bei dem geplanten Forschungsvorhaben steht die Scharnierzeit der 1990er und beginnenden 2000er Jahre im Blickpunkt, in denen sich die Binnenstrukturen der bundesweit etablierten Parteien neu formierten – Verlegung der Parteizentralen von Bonn nach Berlin, Gründung ostdeutscher Landesverbände, Ernennung von »Ostbeauftragten« – und eine gemeinsame parlamentarische Praxis zwischen »gelernten« DDR-Politikern und westdeutschen Berufspolitikern gefunden werden musste. Referenzrahmen der geplanten Studien sind zum einen die Veränderung der Parteienlandschaft nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa insgesamt und zum anderen die spezifisch deutschen Ausprägungen der Systemtransformation.

**Historische Voraussetzungen.** Demokratieverständnis und Wählerverhalten in den neuen und alten Bundesländern unterschieden sich von Anfang an, obwohl die in den Landtagen repräsentierten Parteien durchgehend bundesweit antraten. So waren die ostdeutsche Wählerschaft und die lokalen Parteimilieus des Beitrittsgebietes vor allem durch die Diktatur-Erfahrung des politischen Systems der DDR geprägt. Die selbstproklamierte »führende Rolle« der »Einheitspartei« SED hatte faktisch jeglichen Machtanspruch der formal gleichberechtigten »Blockparteien« ausgeschlossen. Demgegenüber sprach das Grundgesetz der Bundesrepublik allen verfassungstreuen politischen Parteien Verfassungsrang zu (GG 21,1: »Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit«). Der politische Wettbewerb zwischen konkurrierenden Parteien war für das Demokratieverständnis der Wahlbevölkerung in Westdeutschland eine elementare Tatsache.

Erst in der agonalen Phase des DDR-Regimes entwickelten sich die im Block der Nationalen Front vertretenen Parteien zu einem potentiellen Machtfaktor, der am Ende der 9., noch auf der Basis von Einheitslisten gewählten Volkskammer Einfluss auf den Prozess der Systemtransformation nahm. Die Tatsache, dass die Blockparteien der DDR über eine etablierte personelle und materielle Infrastruktur (Mitglieder, kommunale Amtsträger und Immobilienbesitz) verfügten, gewann an Bedeutung.

Dennoch ging der demokratische Wandel in der DDR nicht von den Systemparteien aus. Der Widerstand kam aus der Bevölkerung, er formierte sich Mitte der 1980er Jahre gegen das Machtmonopol der SED und der Blockparteien. Die heterogene Opposition sah sich überwiegend nicht in der Rolle einer konkurrierenden Partei, sondern legitimierte ihre Existenz als zivile Bürgerbewegung. Erst die Gründung der *SDP* in Schwante am 7. Oktober 1989 und weiterer Gruppierungen wie der *Deutschen Sozialen Union* und dem *Demokratische Aufbruch* waren mit dem Anspruch verbunden, das existierende Parteiensystem der »Nationalen Front« im Sinne einer demokratischen Alternative zu erweitern und zu transformieren. Damit war der Zerfallsprozess des machterhaltenden Systems der »Blockparteien« manifest geworden.

**Forschungsstand.** Der Prozess der Demokratisierung der DDR, der von der »illegalen« Opposition über die Runden Tische, die Volkskammerwahlen im März 1990 bis zur Wahl des gesamtdeutschen Bundestages im Oktober 1990 dauerte, ist inzwischen gut erforscht. Das gilt auch für die Um- oder Neugründungen einzelner Parteien auf dem Gebiet der DDR, die zur Integration der Bürgerbewegungen bzw. kurzlebiger »Ostparteien« durch die »großen Schwestern« der westdeutschen Teilrepublik führte. Für die SPD liegen zwei fundierte Studien vor: Daniel F. STURM, *Uneinig in die Einheit*, 2006 und Peter GOHLE, *Von der SDP-Gründung*, 2014; die Umgründung der SED/PDS bzw. ihre spätere Neu-Konstituierung als Partei Die LINKE sowie der Zusammenschluss von Bündnis 90/Die GRÜNEN sind Gegenstand politikwissenschaftlicher

Publikationen und aktueller Untersuchungen [u. a. FLORIAN SCHIKOWSKI, Übernahme auf Augenhöhe? Die Fusion von Bündnis 90 und Die Grünen]; eine Studie zur »Übernahme« der DSU durch die CSU ist im Rahmen eines Dissertationsvorhabens Entstehen. Eine zusammenfassende Betrachtung der Integration der alten »Blockparteien« CDU, DBD, DFD, NDPD und LDPD in die westlichen Mutterparteien CDU und FDP steht dagegen noch aus. Die dafür relevanten Bestände der im Bundearchiv lagernden SAPMO spiegeln zumindest die Entscheidungen der zentralen Ebene wider.

Im Blickpunkt der Forschung stand bisher also die dynamische Phase der Systemtransformation. Kontrovers und weitgehend unerforscht bleibt dagegen, welche langfristigen Folgen die Übertragung westdeutscher Parteistrukturen für das Entstehen einer demokratischen Kultur auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hatte. Angesichts der von den Parteizentralen der alten Bundesrepublik gesteuerten Rekrutierung des politischen Führungspersonals und der Einsetzung westlich sozialisierter Funktionsträger in Administration und Justiz war bald von einer »Kolonialisierung« der Lebenswelten im Osten die Rede.

**Projektskizze.** Ein gemeinsames Forschungsvorhaben sollte bei der Konfrontation unterschiedlicher politischer Erfahrungen und Erwartungen in Ost und West im Hinblick auf die Neu-Konstituierung der Parteien ansetzen. Bereits in den ersten demokratischen Wahlen in den Neuen Bundesländern kristallisierte sich eine signifikant andere, sozusagen ostdeutsche Variante des bisherigen westdeutschen Parteiensystems heraus, bei der sich die PDS/LINKE als starke »Regionalpartei« etablieren konnte, während die strukturelle Dominanz der Volksparteien CDU und SPD tendenziell verloren ging und die FDP wie auch die Grünen nur als kleine Koalitionspartner regional politischen Einfluss auf Regierungsbildung und Opposition in den Neuen Bundesländern erlangten. In einer zweiten Phase – beginnend mit dem kurzzeitigen Wahlerfolg der *Deutschen Volksunion* 1998 in Sachsen-Anhalt – entfaltete sich im Parteienspektrum auch das rechtsextremistische Protestpotential dynamischer als im Westen, wodurch sich die Fragmentierung des gesamtdeutschen Parteiensystems und der Ost-West-Cleavage noch verstärkten. Hinzu kamen regionale Sonderentwicklungen, die auch die ostdeutschen Länder parteipolitisch keineswegs homogen erscheinen lassen. Der zeitliche Rahmen des Forschungsvorhabens umfasst die Phase der Konstituierung und Konsolidierung der Parteien nach der Systemtransformation bis zu den Reaktionen auf die Ankündigung umfassender Sozialreformen 2005 durch die Regierung Schröder/Fischer, dem sogenannten »Harz-IV-Schock«, dessen politische Auswirkungen vor allem in den neuen Bundesländern schnell sichtbar wurden.

Folgende Leitperspektiven eines ersten Untersuchungsschwerpunktes wären denkbar, die sowohl auf die Binnenkommunikation der Parteien als auch auf die politische Praxis in den Parlamentsfraktionen zielen:

- Wie kommunizieren Parteizentralen mit den ostdeutschen Landesverbänden, wie sind deren Anliegen programmatisch und personell in der Gesamtpartei repräsentiert, welche Interessenkonflikte entstehen zwischen Zentrum und Peripherie?
- Wie werden Wahlkämpfe organisiert, wie Kandidaten rekrutiert, welche Schlussfolgerungen ziehen die Parteien aus zum Teil überraschenden Wahlergebnissen? Welche Strategien entwickeln die Parteizentralen im Blick auf die neuen Landesverbände, über welches Knowhow verfügen sie, wie werden Informationen gewonnen und verarbeitet, wie verändert sich das Verhältnis zur Basis?
- Zur Performanz der ostdeutschen Abgeordneten im Deutschen Bundestag und in den Landtagen sowie in den Medien lassen sich die Protokolle und Tonaufnahmen sowie TV-Übertragungen – die z. T. bereits durch die KGParl erschlossen und ediert werden – von Plenar-, Fraktions- und Ausschusssitzungen auswerten. Dabei wäre auf die Persistenz unterschiedlicher Sozialisierungserfahrungen zu achten, soweit diese sich verbal und habituell identifizieren lassen – Sprache, Kleidung, Selbstdarstellung, professionelles Rollenverständnis usw.
- Redeanalysen: rhetorisch und semantisch unter Nutzung audio-visueller Quellen – lassen sich

signifikante Deutungsunterschiede normativer Leitbegriffe (»Wende«, soziale Marktwirtschaft, Staat und Nation, Partei usw.) identifizieren, die auf markante Unterschiede in der Perzeption und Praxis parlamentarischer Demokratie verweisen?

- Wie verändert sich durch die Präsenz ostdeutscher Mandatsträger und Parteipolitiker die politische Kultur in Parlament und Parteien der Bundesrepublik der 1990er Jahre?

Ein zweiter Schwerpunkt sollte auf dem Verhältnis von Partieliten und hauptamtlichen Funktionären zur lokalen Basis und Wählerschaft liegen. Zumindest von heute aus betrachtet, scheint die soziale Anbindung und Verankerung der Parteiorganisationen in den ostdeutschen Kommunen weitaus schwieriger gewesen zu sein als bei den westdeutschen Landesverbänden und Ortsvereinen. Bis heute rekrutieren die Parteien ihr äußerst dünnes Personalreservoir in den Kommunen und Landkreisen nur mithilfe einer »Phalanx von parteilosen Mandatsträgern«, die sich der Parteidisziplin häufig entziehen, wie es jüngst in einem Presseartikel über die CDU in Sachsen anschaulich beschrieben worden ist. Eine Parteigeschichte kann deshalb nicht mehr hermetisch aus institutioneller Perspektive geschrieben werden. Die Tatsache, dass Parteipolitik und die politische Mobilisierung gesellschaftlicher Gruppen asynchron, also nebeneinander her und vermehrt sogar antagonistisch verlaufen, erfordert die Einführung neuer Analyse-Parameter. Parteien und Medien verlieren tendenziell ihre Funktion als Agenturen politischer Willensbildung, je mehr sich Politik in der Selbstmobilisierung gesellschaftlicher Gruppen manifestiert. Das Private ist auf neue und andere Weise politisch geworden, indem sich die politische Willensbildung in der Gesellschaft nicht mehr an programmatischen »Angeboten« von Parteien oder gesellschaftlichen Elitendiskursen orientiert, sondern primär Eigenerfahrungen bzw. durch soziale Medien transportierten Wirklichkeitsperzeptionen folgt. In diesem Sinne sollte die Kommunikation zwischen Wählern, lokaler Parteibasis und hauptamtlichen Funktionären bzw. Mandatsträgern einen Schwerpunkt des Forschungsvorhabens bilden. Folgende Fragen wären vor allem an den beiden Volksparteien CDU und SPD zu untersuchen:

- Welche spezifischen Schwierigkeiten der Organisation und Kommunikation begegnen den Ortsverbänden bei der Mitgliederwerbung, in Wahlkämpfen oder in den Bürgersprechstunden der Abgeordneten?
- Wie werden lokale Erfahrungswelten in den Parteizentralen wahrgenommen und reflektiert, wie funktioniert die Binnenkommunikation zwischen Basis, Apparat und Parteiführung? Welches Gewicht hat dabei externe Politikberatung z. B. durch Meinungsforschung und Politikwissenschaft?
- Wie entwickelt sich die Medienberichterstattung über Parteipolitik, inwieweit fördert die Konzentration von Presse und Rundfunk die Ausblendung lokaler Politik und individueller Lebenswelten?

**Durchführung.** Das Forschungsvorhaben basiert auf der Kooperation zwischen der KGParl und den Parteistiftungen. Auf einem Koordinierungstreffen am 25. Januar 2019 wurden die Perspektiven einer Zusammenarbeit erörtert. Danach soll die Kooperation in einem Forschungsverbund thematisch aufeinander bezogener, aber unabhängig beantragter Promotionsprojekte bestehen, die über die Begabtenförderungsprogramme der politischen Stiftungen finanziert werden. Die KGParl übernimmt als Anregerin und Spiritus rector der Initiative die Federführung. Ihre Forschungsstelle in Berlin leitet, koordiniert und trägt das Gesamtprojekt; sie steht den Promotionsbetreuerinnen und -betreuern bei der fachlichen Beratung der Stipendiatinnen und Stipendiaten zur Seite, veranstaltet Workshops und hilft bei der Organisation von Forschungsaufenthalten.

Berlin, 18.04.2019